



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz BJ
Direktionsbereich Privatrecht
Eidgenössisches Amt für das Zivilstandswesen EAZW

Bekanntgabe der Daten im Zivilstandswesen auf Anfrage

-

Inputreferat

Seminar für kantonale Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst
vom 26./27. Oktober 2017 Fribourg



I. Einleitung

- a) Formell-gesetzliche Grundlage
- b) Worum geht es?
- c) Gründe für die Aktualität des Themas

II. Grundlagen der Bekanntgabe von Daten

- a) Datenschutz
- b) Amtsgeheimnis
- c) Zuständigkeit
- d) Voraussetzungen der Bekanntgabe
- e) Beweiskraft
- f) Form der Bekanntgabe

III. Bekanntgabe auf Anfrage

- a) Überblick
- b) Eigene Daten
- c) Private
- d) Gerichte und Verwaltungsbehörden
- e) Ausländische Vertretungen
- f) Forschende

IV. Schlussfolgerung / Ausblick / Fragen

I. Einleitung zur Bekanntgabe von Daten im Zivilstandswesen

a) Formell-gesetzliche Grundlage

Art. 43a Abs. 1 – 3 ZGB

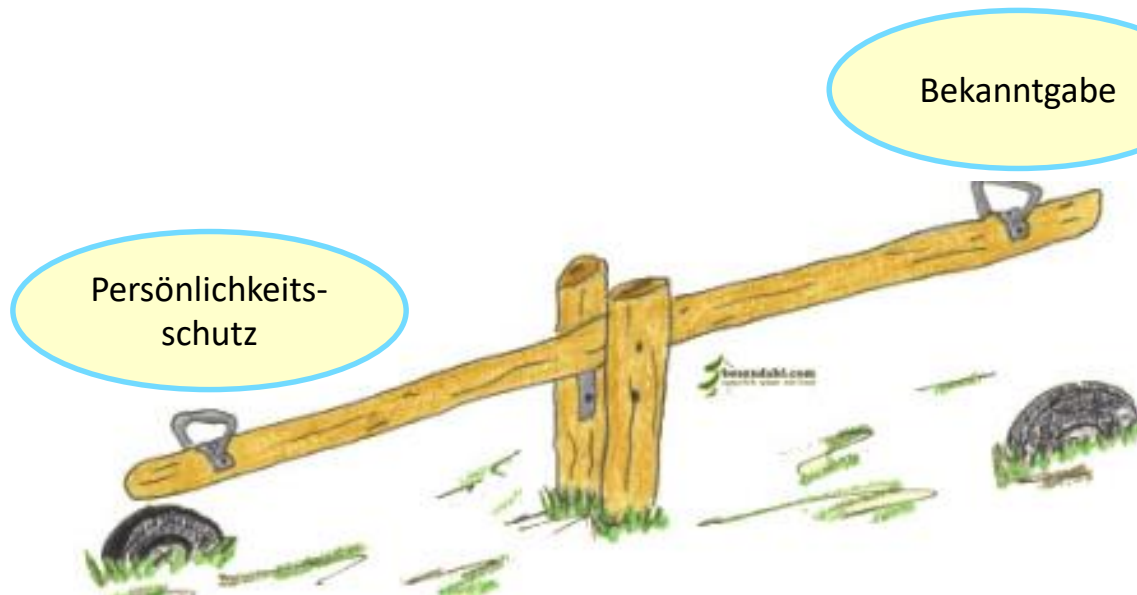
V. Datenschutz und Bekanntgabe der Daten

¹ Der Bundesrat sorgt auf dem Gebiet der Beurkundung des Personenstandes für den **Schutz der Persönlichkeit und der Grundrechte** der Personen, über die Daten bearbeitet werden.

² Er regelt die **Bekanntgabe von Daten an Private**, die ein unmittelbares schutzwürdiges Interesse nachweisen können.

I. Einleitung zur Bekanntgabe von Daten im Zivilstandswesen

³ Er bestimmt die **Behörden ausserhalb des Zivilstandswesens**, denen die zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben nötigen Daten regelmässig oder auf Anfrage bekannt gegeben werden. Vorbehalten bleiben die Vorschriften über die Bekanntgabe nach einem kantonalen Gesetz.



I. Einleitung zur Bekanntgabe von Daten im Zivilstandswesen

**Voraussetzungen
der Bekanntgabe**

Zuständigkeit

Bereinigung

Beurkundung
abgeschlossen

Datensperre

Datenschutz

Datensicherheit

Amtsgeheimnis

Form der
Bekanntgabe

Persönlichkeitsschutz

**Bekanntgabe
von Daten**

**Bekanntgabe
auf Anfrage**

Private

Behörden

Forscher

Ausl.
Vertretungen

Gebühren

**Bekanntgabe
von Amtes
wegen**

EWK

ZA HO

KESB

SEM...

Meldung
Tod

Ausl. B.

b) Worum geht es?

Auszüge aus Zivilstandsregister · Anspruch auf solche

Frage:

Das Zivilstandsamt X. erhält folgende Zuschrift:

Notariatsbüro Y. Z., am 27. September 1962.
An das Zivilstandsamt A.

Sehr geehrter Herr,
ich bitte um Zustellung eines Auszuges aus dem Familienregister über die Ehegatten N.N. und Anna geb. M., die sich am..... verheiratet haben. Ihre Kosten bitten wir nachzunehmen.
Mit vorzüglicher Hochachtung B. P.,
Notar.

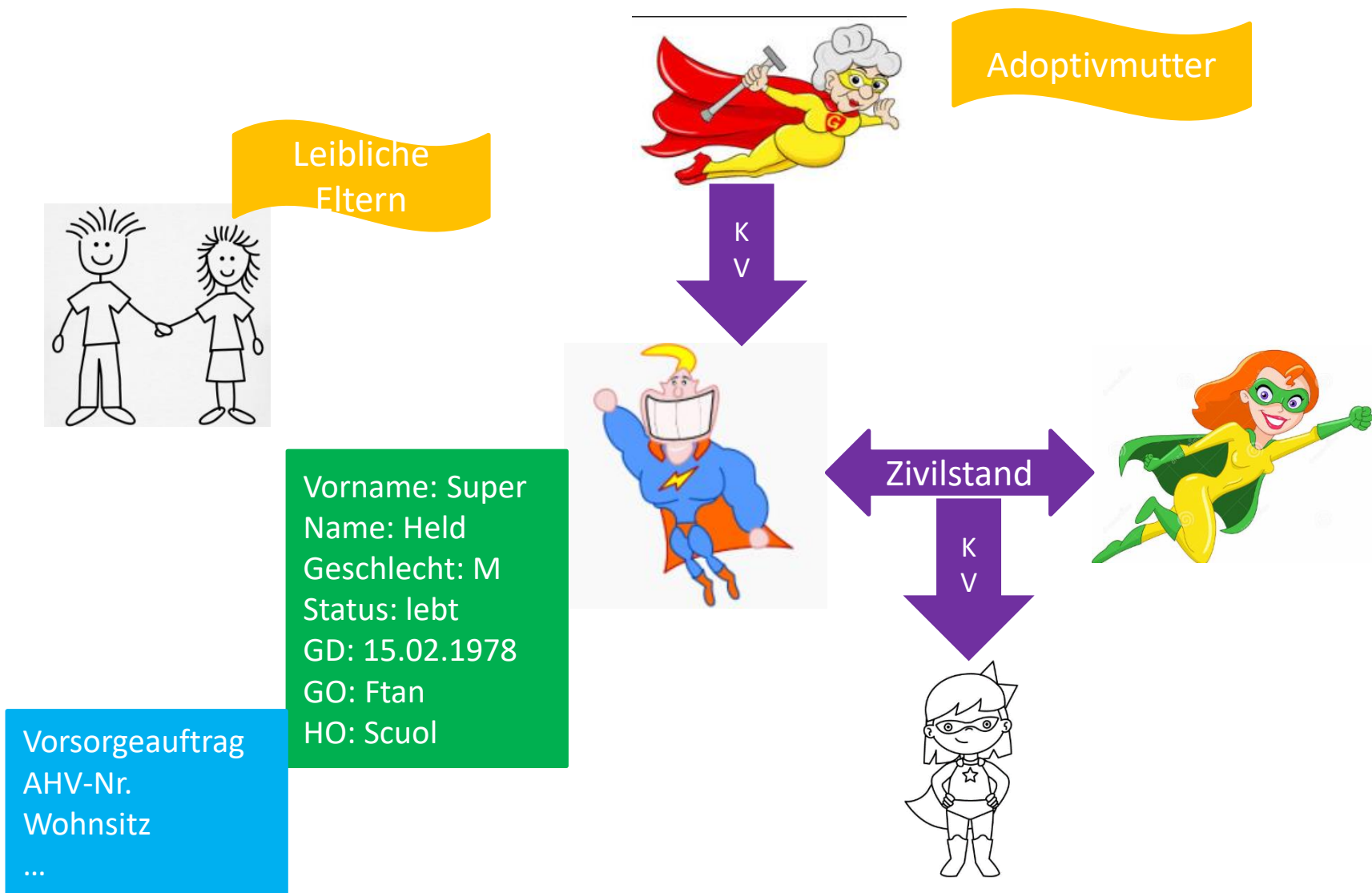
Darf oder muß der Zivilstandsbeamte einem solchen Gesuch entsprechen?

Wir sind keine Formalisten, wenn wir uns an diese Ordnung halten. Überlegen wir uns nur, welches die Konsequenzen wären, wenn wir ohne Interessennachweis jedem Besteller die Geheimnisse einer Familieneintragung offenbaren würden. Die Register würden damit zu öffentlichen Registern, wie dies beispielsweise das Grundbuch ist. Die Zivilstandsregister sind aber eben keine öffentlichen Register; wir sind vielmehr verpflichtet, im Interesse des Bürgers die Geheimnisse zu hüten und zu bewahren.

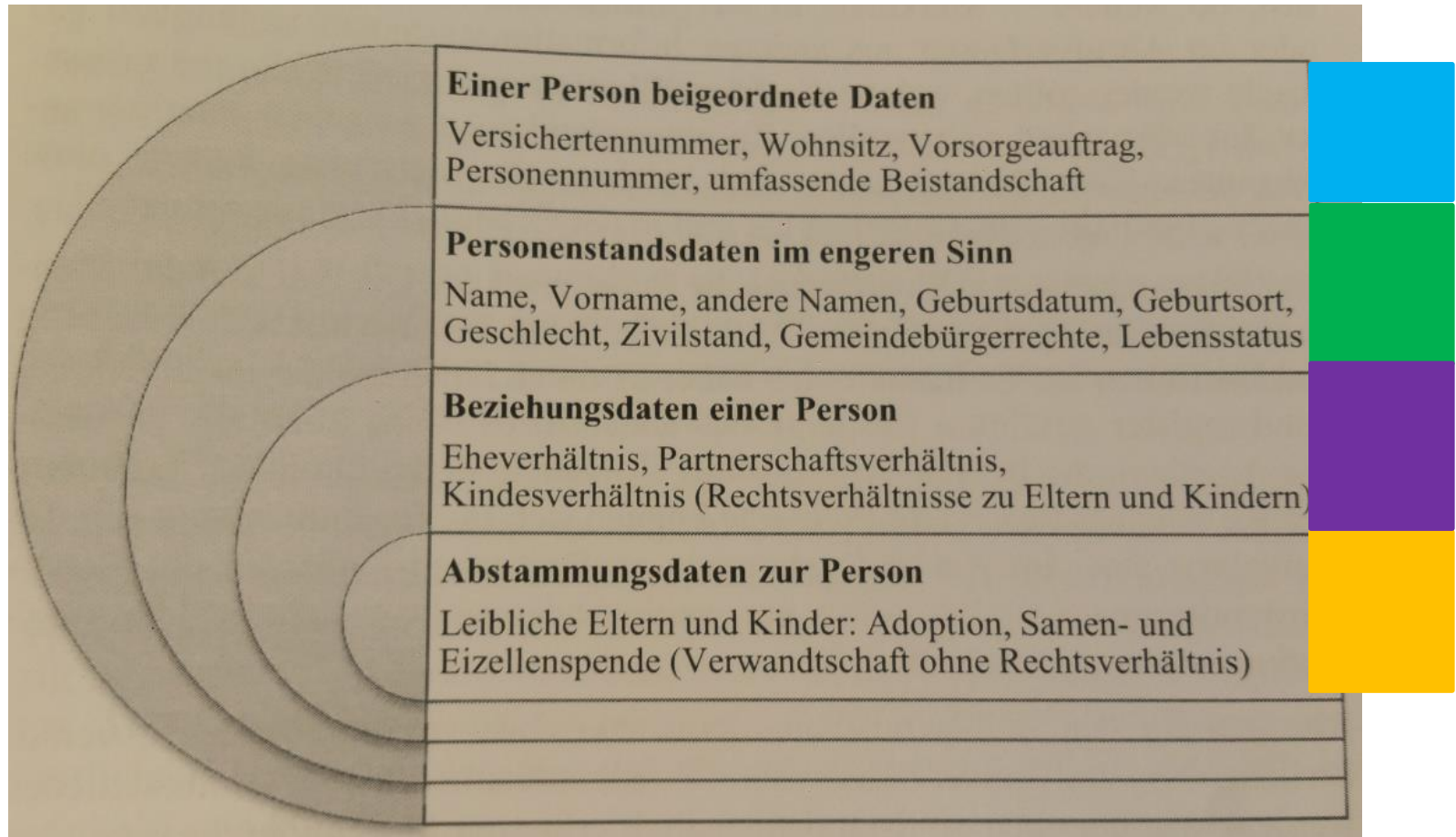
H. Riniker.

Seminar für kantonale Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst vom 26./27. Oktober in Fribourg

I. Einleitung zur Bekanntgabe von Daten im Zivilstandswesen



I. Einleitung zur Bekanntgabe von Daten im Zivilstandswesen



Quelle: Toni Siegenthaler, Das Personenstandsregister, Bern 2013, S. 159

I. Einleitung zur Bekanntgabe von Daten im Zivilstandswesen

c) Gründe für die Aktualität des Themas



II. Grundlagen der Bekanntgabe von Daten im Zivilstandswesen

a) Datenschutz

Die allgemeinen Regeln des Datenschutzes sind nur (Art. 2 Abs. 2 Bst. d DSG), aber immerhin, als Auslegungshilfen beizuziehen.

- Rechtmässigkeit
- Treu und Glauben / Verhältnismässigkeit
- Beschaffungszweck
- Erkennbarkeit
- Ausdrückliche Zustimmung



II. Grundlagen der Bekanntgabe von Daten im Zivilstandswesen

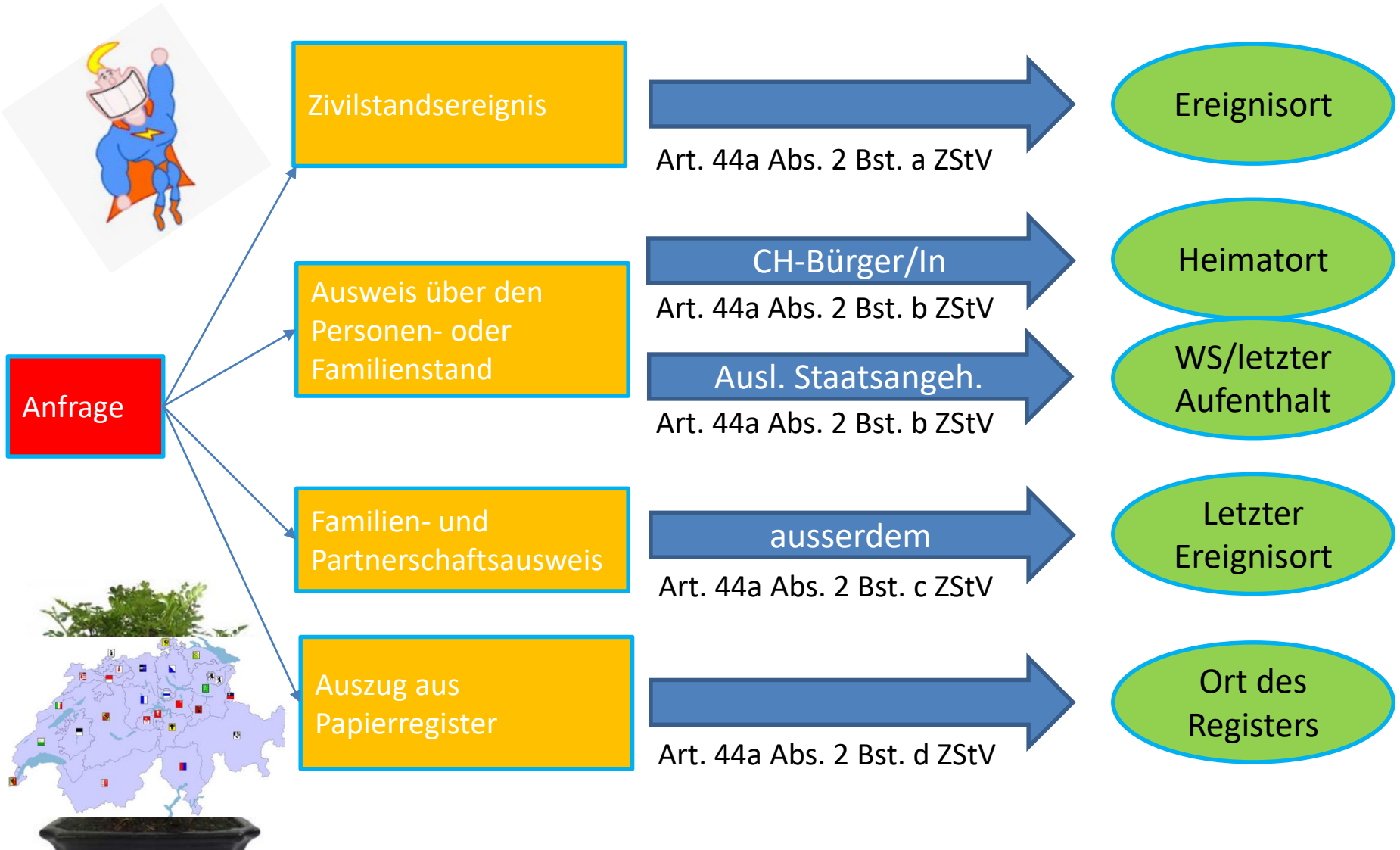
b) Amtsgeheimnis (Art. 44 ZStV)

¹ Die bei den Zivilstandsbehörden tätigen Personen sind zur **Verschwiegenheit** über Personenstandsdaten verpflichtet. Die Schweigepflicht besteht nach der Beendigung des Dienstverhältnisses weiter.

² Vorbehalten bleibt die Bekanntgabe von Personenstandsdaten auf Grund **besonderer Vorschriften**.



c) Zuständigkeit zur Bekanntgabe auf Bestellung

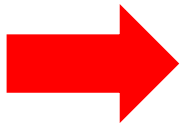


II. Grundlagen der Bekanntgabe von Daten im Zivilstandswesen

d) Voraussetzungen der Bekanntgabe (Art. 45 ZStV)

- Rechtsgültige Beurkundung (abgeschlossen gemäss Art. 28 ZStV)
- Keine Bereinigung notwendig
- Keine Datensperre

Voraussetzungen nicht erfüllt:



Bewilligung durch die Aufsichtsbehörde notwendig
für die Bekanntgabe der Daten!

II. Grundlagen der Bekanntgabe von Daten im Zivilstandswesen

e) Beweiskraft (Art. 48 ZStV)

Die Dokumente nach Artikel 47 haben die gleiche Beweiskraft wie die Datenträger (Personenstandsregister und Belege), aus denen Personenstandsdaten bekannt gegeben werden.

Beweisregel (Art. 9 Abs. 1 ZGB)

Öffentliche Register und öffentliche Urkunden erbringen für die durch sie bezeugten Tatsachen vollen Beweis, solange nicht die Unrichtigkeit ihres Inhaltes nachgewiesen ist.



f) Form der Bekanntgabe (Art. 47 ZStV)

Formularzwang (Abs. 1); gibt es kein Formular, dann gilt gemäss Abs. 2:

- a) durch eine schriftliche Bestätigung oder Bescheinigung;
- b) durch eine beglaubigte Kopie oder Abschrift aus dem in Papierform geführten Zivilstandsregister;
- c) durch eine beglaubigte Kopie oder Abschrift des Beleges;.
- d) auf Verlangen der ZAS gemäss den spezialgesetzlichen Bestimmungen des Bundesrechts;
- e) mündlich an Zivilstandsämter und Aufsichtsbehörden, wenn die anfragende Person zweifelsfrei identifiziert werden kann;
- f) durch eine nicht beglaubigte Kopie aus den Zivilstandsregistern, die als Archivgut gemäss Artikel 6a Absatz 3 gelten.

III. Die Bekanntgabe auf Anfrage

a) Überblick (Art. 58 – 61 und Art. 81 ZStV)

- An Gerichte und Verwaltungsbehörden (Art. 58)
- An Private (Art. 59)
- An Forschende (Art. 60)
- An ausländische Behörden (Art. 61)
- Auskunftsrecht über die eigenen Daten (Art. 81)

III. Die Bekanntgabe auf Anfrage

b) Eigene Daten (Art. 81)

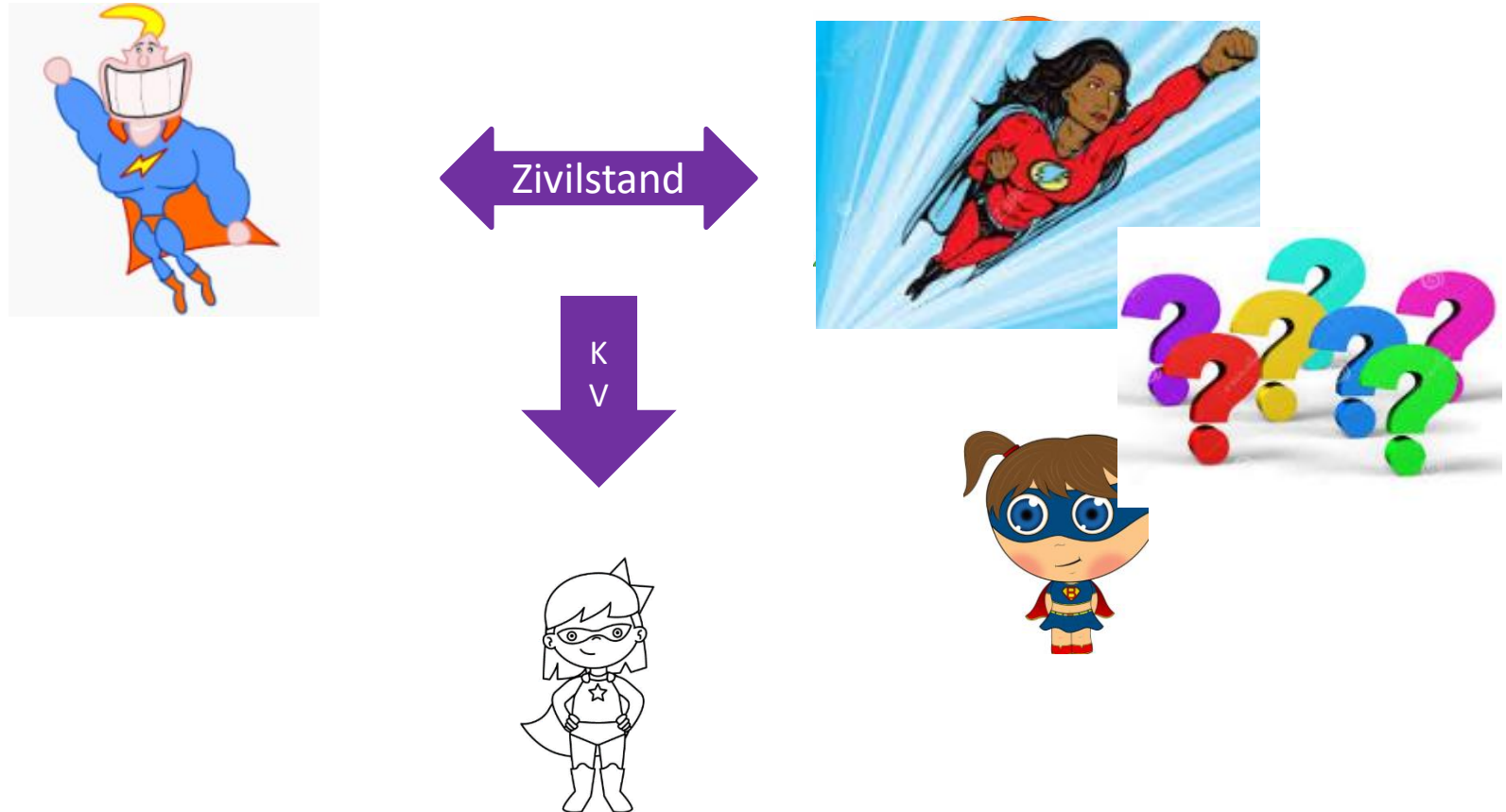
«Jede Person hat Anspruch auf Auskunft über die Daten, die über sie geführt werden.»

1. In Form eines Registerauszugs oder eine Bestätigung;
2. Keine direkte Einsicht.
3. Kostenpflichtig (Achtung, Abweichung zum DSG).



Wo sind die Grenzen der eigenen Daten?

Grenzen des Anspruchs auf eigene Daten; Beispiel



III. Die Bekanntgabe auf Anfrage

c) An Private (Art. 59 ZStV)

«Privaten, die ein unmittelbares und schutzwürdiges Interesse nachweisen, werden Personenstandsdaten bekannt gegeben, wenn die Beschaffung bei den direkt betroffenen Personen nicht möglich oder offensichtlich nicht zumutbar ist.»

III. Die Bekanntgabe auf Anfrage

c) An Private (Art. 59 ZStV)

Definitionen:

- Private = Privatpersonen, Akteure der Privatwirtschaft
- Unmittelbares Interesse = Person ist berührt, aktuell
- Schutzwürdiges Interesse = rechtliches oder tatsächliches Interesse
- Nicht möglich / nicht zumutbar = objektive oder subjektive Unmöglichkeit

An Private; Beispiel



Vorgehen aus Sicht ZA:

- Schriftliches Gesuch verlangen
- Interesse (tatsächliches oder rechtliches) prüfen, mit Geheimhaltungsinteressen abwägen
- Subsidiarität prüfen
- Entsprechende Verfügung erlassen

An Private; schutzwürdiges Interesse



III. Die Bekanntgabe auf Anfrage

d) An Gerichte und Verwaltungsbehörden (Art. 58 ZStV)

«Die Zivilstandsbehörden sind verpflichtet, schweizerischen Gerichten und Verwaltungsbehörden die zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben unerlässlichen Personenstandsdaten auf Verlangen bekannt zu geben.»

Legaldefinitionen:

Gesetzliche Aufgabe = Legalitätsprinzip

«unerlässliche» = ohne diese ist die Aufgabe nicht erfüllbar

III. Die Bekanntgabe auf Anfrage

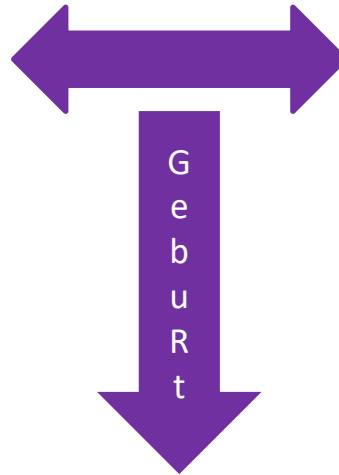
d) An Gerichte und Verwaltungsbehörden (Art. 58 ZStV)

Amtliche Mitteilungen EAZW Nr. 140.9 vom 1. März 2011 Bekanntgabe von Personenstandsdaten an Behörden auf Anfrage

Definition des Begriffs «unerlässliche» gemäss Art. 58 ZStV:

1. Notwendigkeit darlegen;
2. Direkte Beschaffung bei den betroffenen Personen nicht möglich;
3. Personenstandsdaten genau definieren;
4. Die gesetzlichen Grundlagen darlegen.

An Gerichte und Verwaltungsbehörden; Beispiel



Vorname: ?
Name: ?
Geschlecht: ?
Status: ?
GD: ?
GO: ?
HO: ?

Vorgehen aus Sicht ZA:

- Schriftliches Gesuch verlangen
- Rechtliche Grundlage?
- Notwendigkeit darlegen
(Unerlässlichkeit)
- Subsidiarität prüfen
- Verfügung erlassen



III. Die Bekanntgabe auf Anfrage

e) An ausländische Behörden auf Gesuch einer Vertretung (Art. 61 ZStV)

Besonderheiten der Gesuchseinreichung durch die ausländische Vertretung:

- Gesuch beim EAZW einreichen
- Rechtliche Grundlage (zahlreiche Übereinkommen)
- Subsidiarität muss gegeben sein
- Datenschutz gewährleisten
- Gegenseitigkeit
- Keine Gebühren

An ausländische Behörden auf Gesuch einer Vertretung (Art. 61 ZStV)

Bilaterale Abkommen, insbesondere:

- Vereinbarung vom 26. April 1962 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich (SR 0.211.112.416.3)
- Vereinbarung vom 4. November 1985 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der BRDeutschland (SR 0.211.112.413.6)
- Vereinbarung vom 16. November 1966 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Italienischen Republik (SR 0.211.112.445.4)
- Erklärung vom 3. Dezember 1937 zwischen der Schweiz und Frankreich betreffend die Beschaffung von Zivilstandsurkunden (SR 0.211.112.434.9)

Multilaterale Abkommen, insbesondere:

- Übereinkommen vom 8. September 1976 über die Ausstellung mehrsprachiger Auszüge aus Zivilstandsregistern (SR 0.211.112.112)
- Abkommen vom 26. September 1957 über die kostenfreie Abgabe und Wegfall der Beglaubigung von Zivilstandsurkunden (SR 0.211.112.12)
- Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung (SR 0.172.030.4)

Gesuch Vertretung

Prüfung:

- Rechtliche Grundlage?
- Gesuch beim EAZW einreichen
- Datenschutz
- Subsidiarität
- Keine Gebühren



f) An Forschende (Art. 60 ZStV)

«[...]»

Forschende:

Geschichte, Demographie, Soziologie, Medizin, Psychologie,
Familienforschung, ...

Grundsätze:

1. Subsidiarität (direkte Beschaffung nicht möglich oder nicht zumutbar);
2. Bewilligung der Aufsichtsbehörde;
3. Datenschutz gewährleisten;
4. Personenbezogene Ergebnisse bedürfen für die Publikation der Zustimmung der Betroffenen.

An Familienforscherinnen und Familienforscher im Speziellen (Art. 60 ZStV)

Erforschung der eigenen Familie (Private):

1. Ernsthaftigkeit und Methodik
2. Zeitlich befristet
3. Erforschung der eigenen Familie / Register definieren

Erforschung im Auftrag Dritter oder des Wissens wegen («Profis»):

1. Fachkompetenz / fachliche Qualifikation
2. Zeitliches Element
3. Dauerbewilligung (Zahl der Projekte nicht definiert; alle Register)
4. Geheimhaltungspflicht, auch gegenüber dem Auftraggeber
5. Einwilligung Lebender notwendig, ansonsten «blühende Linie»
6. Keine Angaben über die Entstehung des Kindesverhältnisses

An Familienforscherinnen und Familienforscher im Speziellen (Art. 60 ZStV)

Elemente der Bewilligung:

1. Einzelbewilligung oder Dauerbewilligung
2. Sachlicher Umfang
3. Bedingungen und Auflagen

Ermessensspielraum der Entscheidbehörde:

1. Öffentliche Interessen (ausgewiesen durch die Bewilligungspflicht)
2. Allgemeine Grundsätze des Datenschutzgesetzes (Auslegungshilfe)
3. Schutzbedürftigkeit der Persönlichkeit und der Grundrechte aller von der Bekanntgabe betroffenen Personen
4. Zweck des Personenstandsregisters

An Familienforscherinnen und Familienforscher im Speziellen (Art. 60 ZStV)

Form der Bekanntgabe:

⁴ Interessierte können eigene Daten in den in Papierform geführten Registern und Belegen einsehen, sofern eine andere Form der Bekanntgabe offensichtlich nicht zumutbar ist.

Zeiträume gemäss Art. 92a ZStV:

- a) Geburtsregister ab dem 1. Januar 1900;
- b) Eheregister ab dem 1. Januar 1930;
- c) Todesregister ab dem 1. Januar 1960;
- d) Familienregister und Anerkennungsregister ab ihrer Einführung.

B-Register:

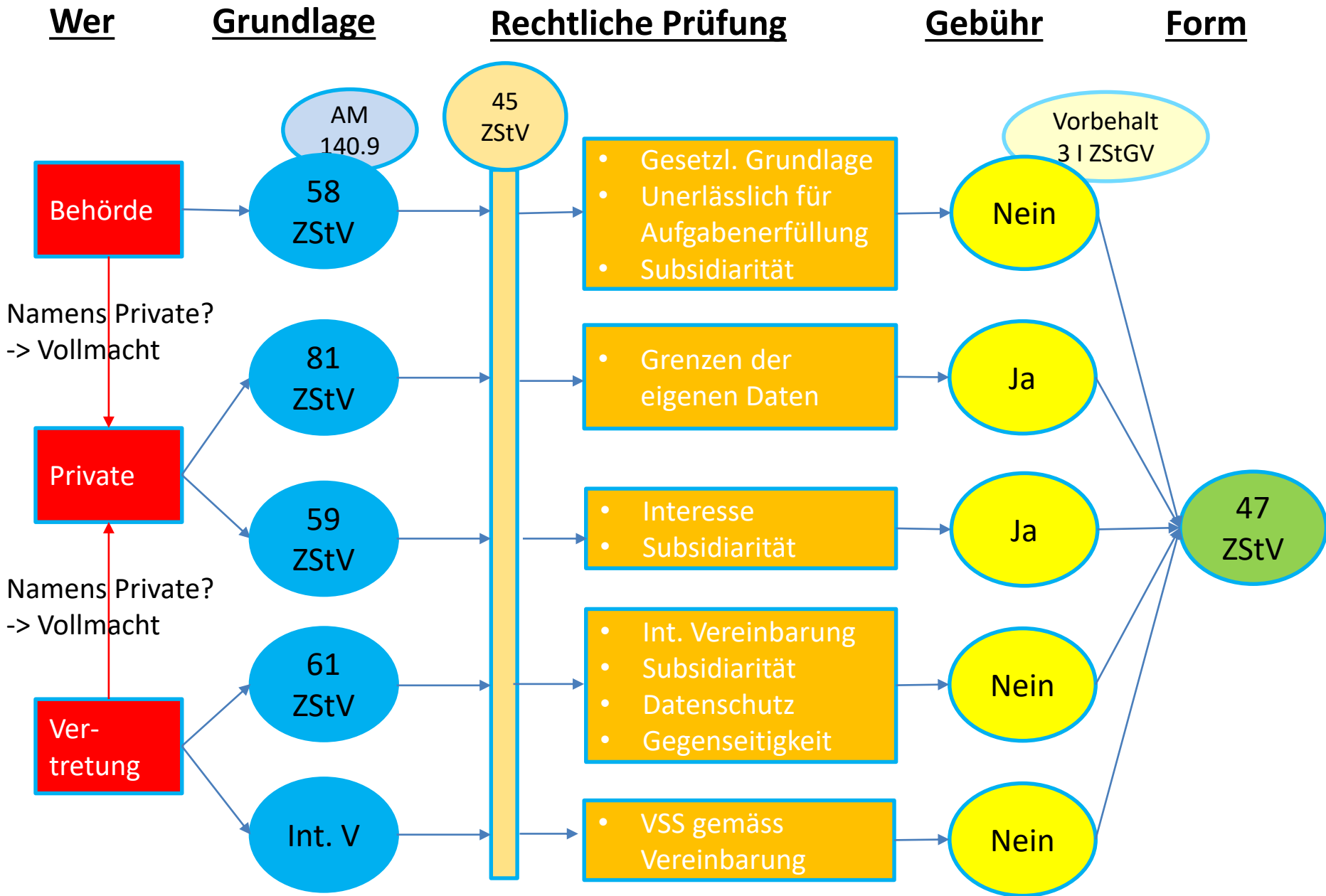
- Eigene Daten / Schützenswertes Interesse
- Subsidiär zu den A-Registern
- Einsicht gemäss Art. 92b Abs. 4 ZStV

IV. Schlussfolgerung / Ausblick

Die Bekanntgabe von Daten auf Anfrage kann nicht mittels Schablone geregelt werden. Es gilt, den rechtlich relevanten Sachverhalt zu erheben, diesen unter den anwendbaren Tatbestand zu subsumieren und die entsprechenden Rechtsfolgen zu verfügen.

Folgende Fragestellung gilt:

- Wer will gestützt auf welche rechtliche Grundlage zu welchem Zweck was über wen wissen?





Diskussion Fragen





Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz BJ
Direktionsbereich Privatrecht
Eidgenössisches Amt für das Zivilstandswesen EAZW

Divulcation de données d'état civil sur demande

-

Exposé

Séminaire des autorités cantonales de surveillances de l'état civil les 26-27 octobre
2017, Fribourg



I. Introduction

- a) Base légale formelle
- b) De quoi s'agit-il?
- c) Un sujet d'actualité – pourquoi?

II. Bases de la divulgation de données

- a) Protection des données
- b) Secret de fonction
- c) Compétence
- d) Conditions de la divulgation
- e) Force probante
- f) Forme de la divulgation

III. La divulgation sur demande

- a) Aperçu
- b) Propres données
- c) A des particuliers
- d) Aux tribunaux et aux autorités administratives
- e) A des autorités étrangères
- f) A des chercheurs

IV. Conclusion / Perspective / Questions

I. Introduction

a) Base légale formelle :

art. 43a, al. 1 – 3 CC

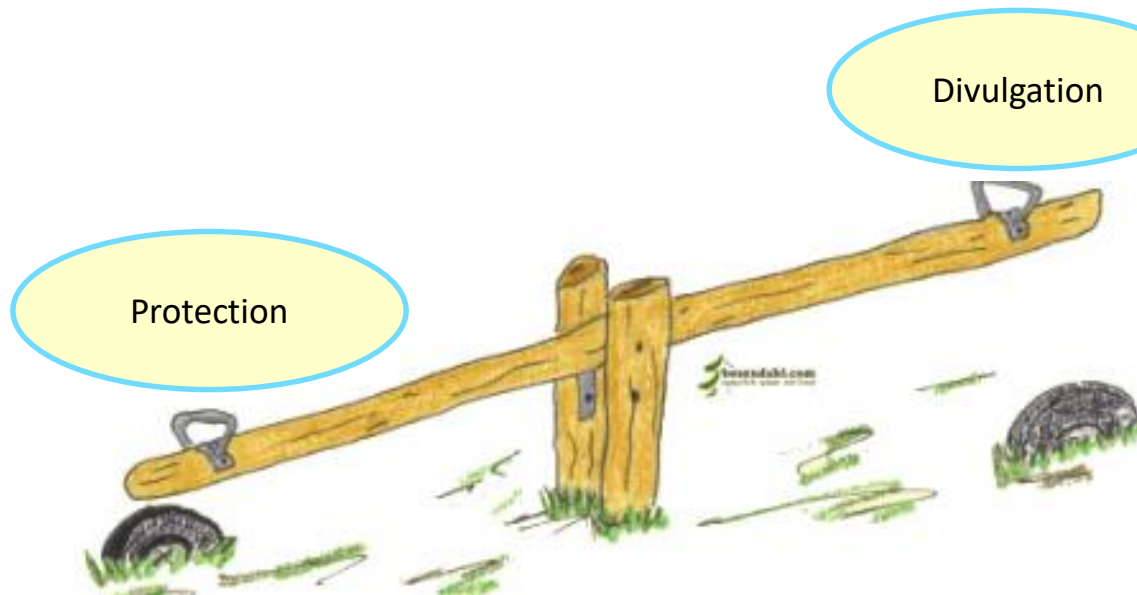
V. Protection et divulgation des données

¹ Le Conseil fédéral assure, en ce qui concerne les actes de l'état civil, la protection de la personnalité et des droits fondamentaux des personnes dont les données sont traitées.

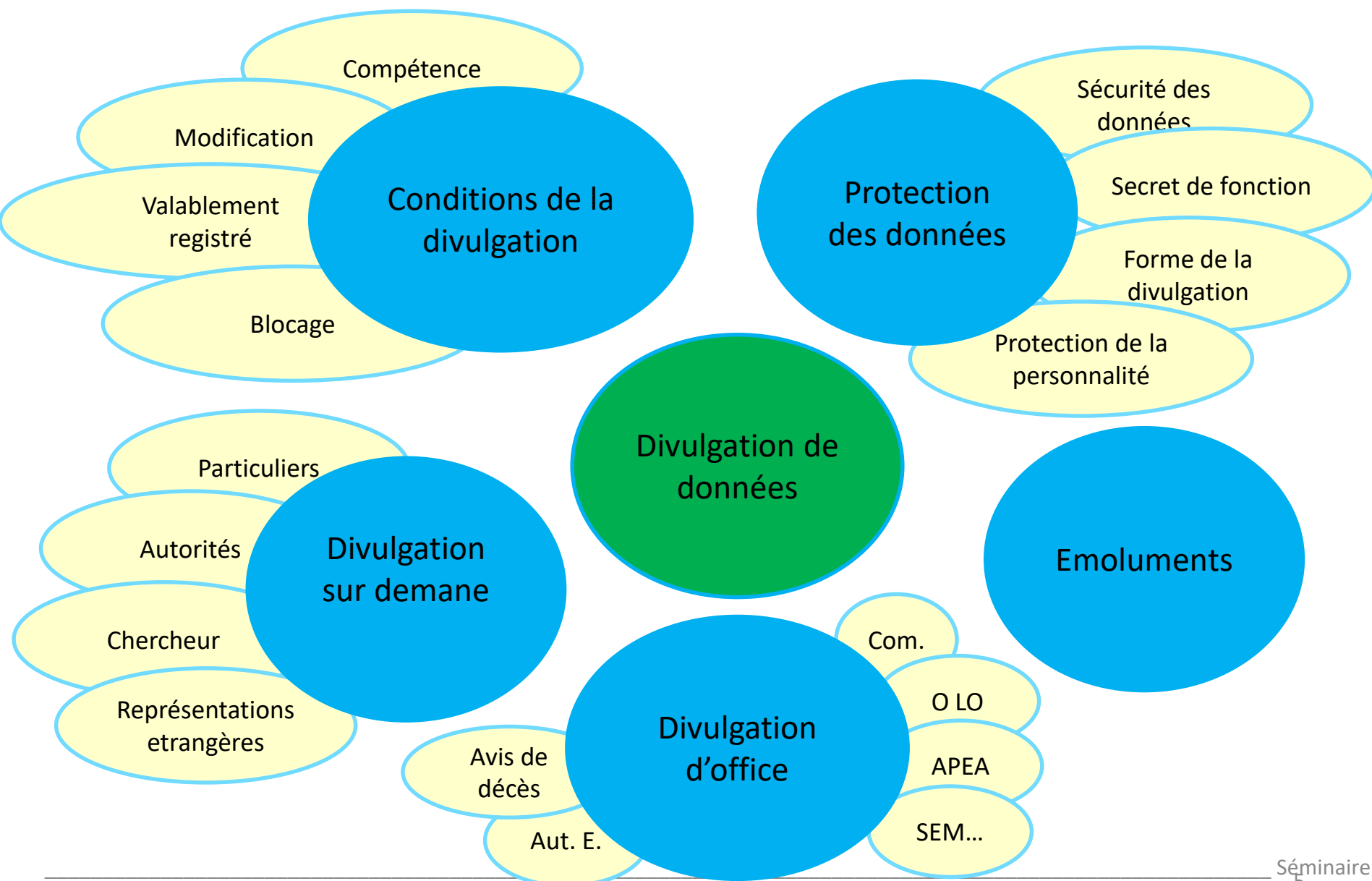
² Il règle la divulgation de données aux particuliers qui justifient d'un intérêt direct et digne de protection.

I. Introduction

³ Il détermine les **autorités externes à l'état civil** auxquelles sont divulguées, régulièrement ou sur demande, les données indispensables à l'accomplissement de leurs tâches légales. Les dispositions de lois cantonales relatives à la divulgation de données sont réservées.



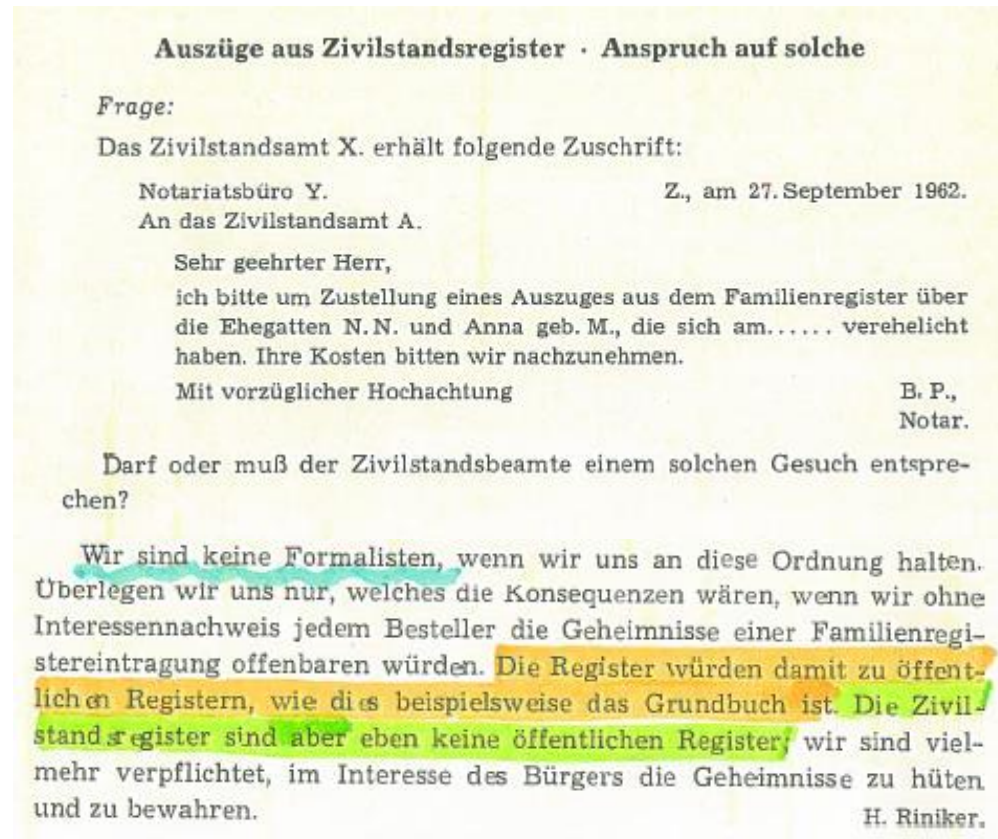
I. Introduction



I. Introduction

b) De quoi s'agit-il?

Divulgateion à partir d'un registre *public* de droit privé.



Source: H. Riniker, Auszüge aus dem Zivilstandsregister, Anspruch auf solche, in: ZVV 1962, p. 329 s.

I. Introduction



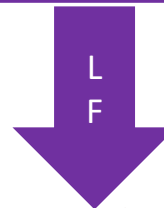
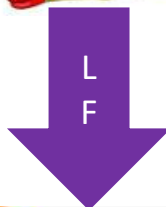
Parents
biologiques

Mandat pour
cause
d'incapacité
N° AVS
Domicile
...

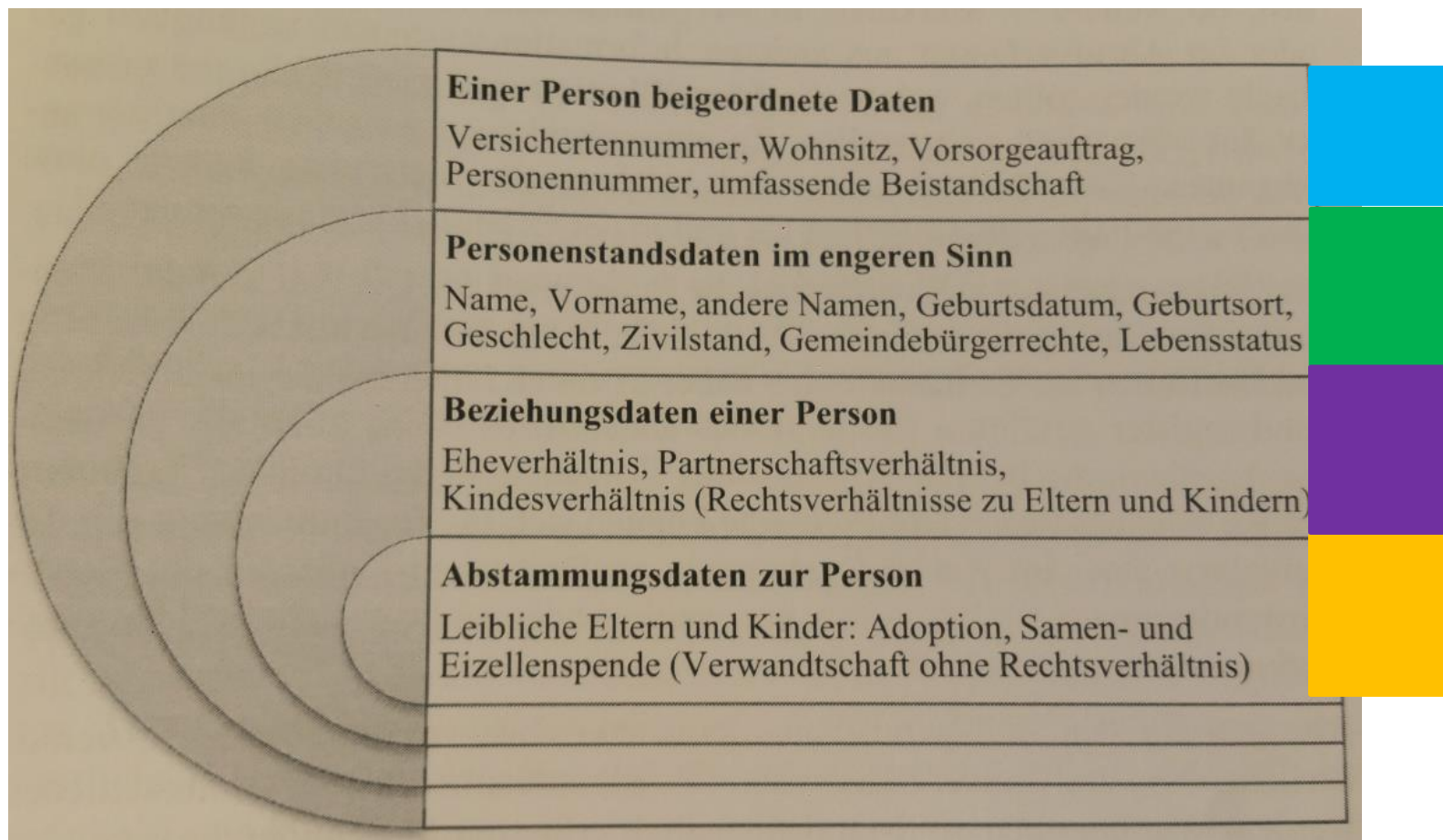
Prénom: Super
Nom: Héros
Sexe: M
Statut: en vie
DN: 15.02.1978
LN: Ftan
LO: Scuol



Mère adoptive



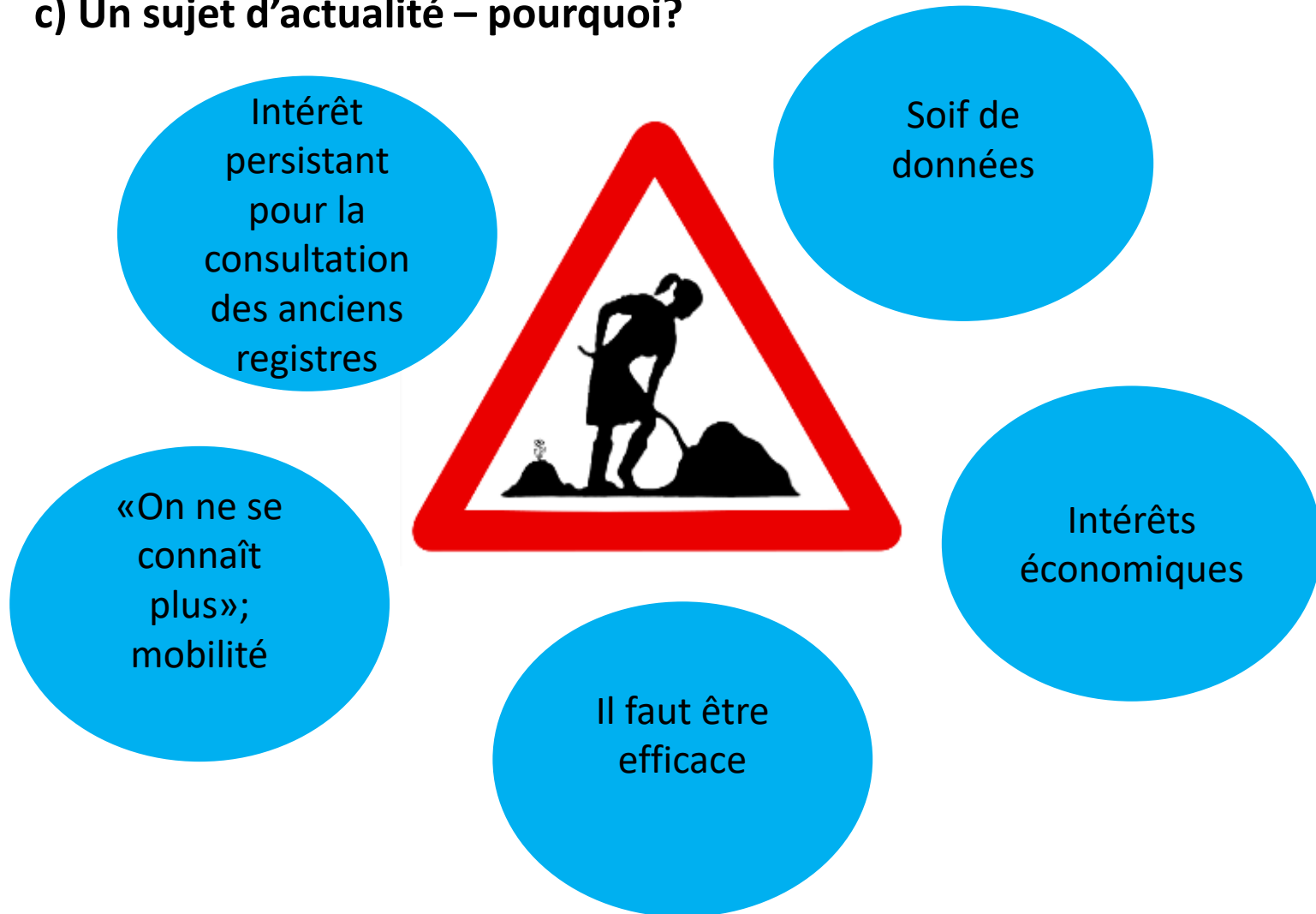
I. Introduction



Source: Toni Siegenthaler, Das Personenstandsregister, Bern 2013, S. 159

I. Introduction

c) Un sujet d'actualité – pourquoi?



II. Bases

a) Protection des données

Les règles générales de protection des données ne servent «que» (art. 2, al. 2, let. d LPD), mais tout de même, d'aides à l'interprétation.

- Traitement licite
- Bonne foi / proportionnalité
- Ojectif de collecte
- Reconnaissable
- Consentement explicite



II. Bases

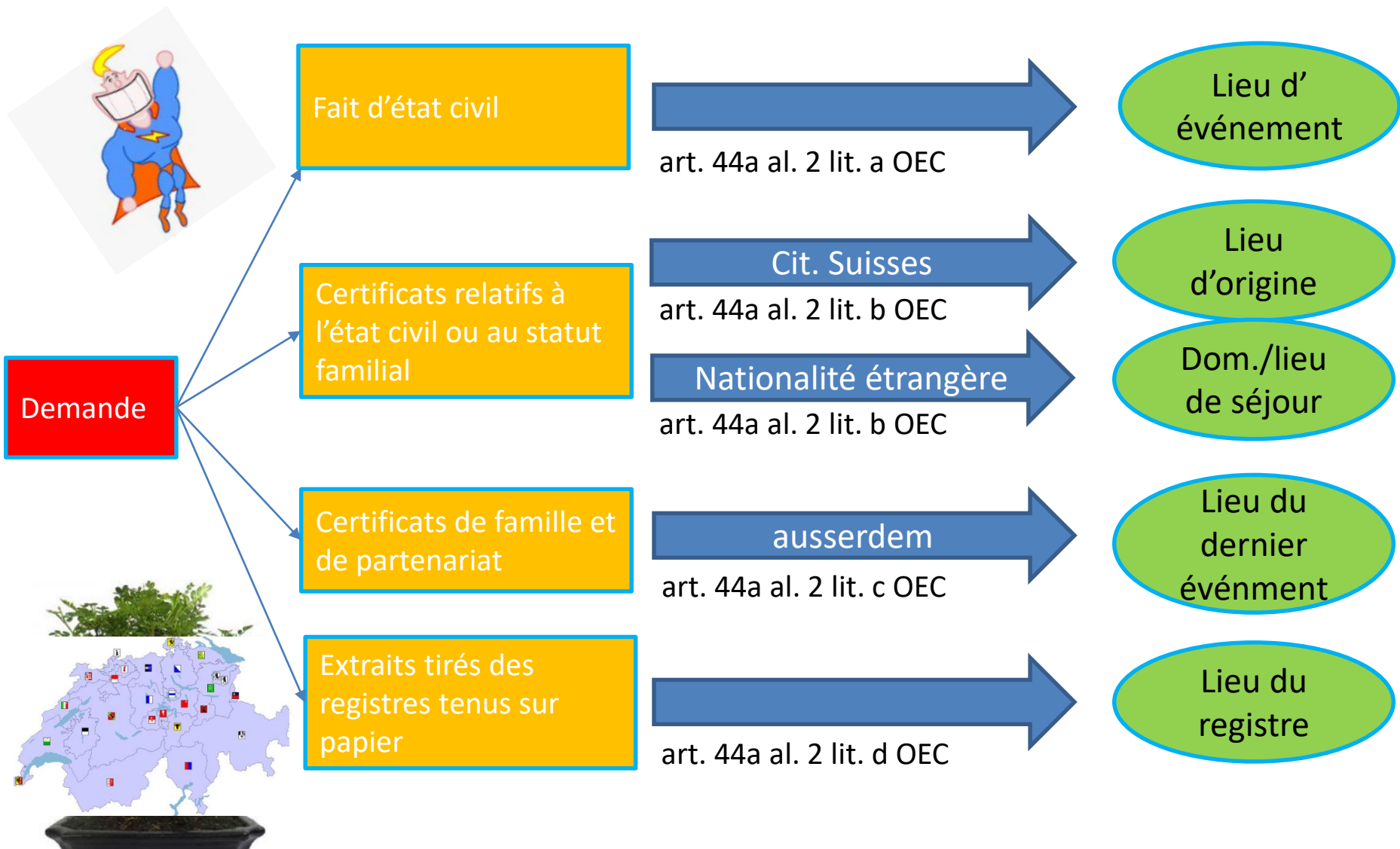
b) Secret de fonction (art. 44 OEC)

¹ Les collaborateurs des autorités de l'état civil doivent observer **le secret sur les données personnelles**. Cette obligation subsiste après la cessation des rapports de service.

² La divulgation de données personnelles fondée sur des **dispositions particulières** est réservée.



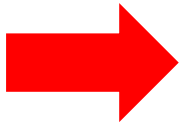
c) Compétence pour la divulgation des données



II. Bases

d) Conditions de la divulgation (art. 45 OEC)

- Enregistrement valable (clôture de l'inscription selon l'art. 28 OEC)
- Pas de modification requise
- Pas de blocage des données



Si ces conditions ne sont pas remplies:
autorisation de l'autorité de surveillance requise!

II. Bases

e) Force probante (art. 48 OEC)

Les documents mentionnés à l'art. 47 ont la même force probante que les supports de données (registres de l'état civil et pièces justificatives) originaux.

De la preuve (art. 9 al. 1 CC)

Les registres publics et les titres authentiques font foi des faits qu'ils constatent et dont l'inexactitude n'est pas prouvée.



f) Forme de la divulgation (art. 47 OEC)

Formule obligatoire (al. 1); en l'absence de formule, se référer à l'al. 2:

- a) sous la forme d'une confirmation ou d'une attestation écrites;
- b) sous la forme d'une copie certifiée conforme de l'inscription tirée des registres de l'état civil tenus sur papier;
- c) sous la forme d'une copie certifiée conforme des pièces justificatives;
- d) sur demande de la CdC, conformément aux dispositions applicables;
- e) oralement aux offices de l'état civil et aux autorités de surveillance lorsque l'interlocuteur peut être identifié avec certitude;
- f) sous la forme d'une copie non légalisée pour les registres de l'état civil considérés comme des archives au sens de l'art. 6a, al. 3.

III. La divulgation sur demande

Aperçu (art. 58 – 61 et art. 81 OEC)

- Aux tribunaux et aux autorités administratives (art. 58)
- A des particuliers (art. 59)
- A des chercheurs (art. 60)
- A des autorités étrangères (art. 61)
- Droit d'être informé sur ses propres données (art. 81)

III. La divulgation sur demande

b) Propres données (art. 81 OEC)

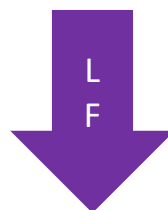
«Toute personne peut demander des renseignements sur les données la concernant.»

1. Sous la forme d'extraits du registre ou d'une confirmation.
2. Pas de consultation directe (remarque: divergence par rapport à la LPD).
3. Soumis à émoluments (remarque: divergence par rapport à la LPD).



Quelles sont les limites du droit à ses propres données?

Limites du droit à ses propres données



III. La divulgation sur demande

c) A des particuliers (art. 59 OEC)

«La divulgation de données personnelles à des particuliers s'effectue lorsqu'un intérêt direct et digne de protection est établi et que l'obtention des données auprès des personnes concernées est impossible ou ne peut manifestement pas être exigée.»

III. La divulgation sur demande

c) A des particuliers (art. 59 OEC)

Définitions:

- Particuliers = personnes privées, acteurs de l'économie privée
- Intérêt direct = la personne est concernée, actualité de la situation
- Intérêt digne de protection = intérêt légal ou réel
- Impossible / ne peut manifestement être exigé = impossibilité objective ou subjective

A des particuliers; exemple



Procédure du point de vue de l'office EC:

- Exiger une demande écrite
- Vérifier l'intérêt (réel ou légal), comparer avec l'intérêt à garder le secret
- Examiner la subsidiarité
- Rendre une décision correspondante

A des particuliers; intérêts digne de protection



III. La divulgation sur demande

d) Aux tribunaux et aux autorités administratives (art. 58 OEC)

«Les autorités de l'état civil sont tenues de divulguer des données personnelles aux tribunaux et aux autorités administratives suisses sur demande et dans la mesure où cela est indispensable à l'accomplissement de leurs tâches légales.»

Définitions:

- Tâche légale = principe de légalité
- «indispensable» = à défaut, la tâche ne peut être accomplie

III. La divulgation sur demande

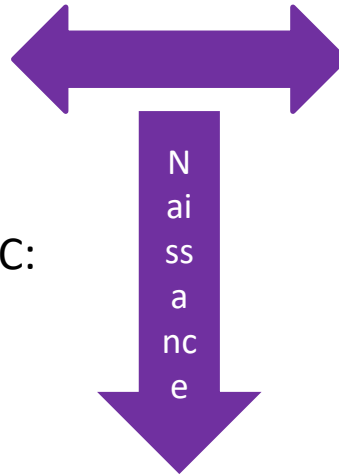
d) Aux tribunaux et aux autorités administratives (art. 58 OEC)

Communications officielles OFEC no 140.9 du 1er mars 2011 Divulgation sur demande des données d'état civil aux autorités

Définition de «indispensable» selon art. 58 OEC:

1. Démontrer la nécessité;
2. Obtention directement de la personne concernée impossible;
3. Définir précisément les données d'état civil;
4. Indiquer les bases légales.

Aux tribunaux et aux autorités administratives; exemple



Prénom: ?
Nom: ?
Sexe: ?
Statut: ?
DN: ?
LN: ?
LO: ?

Procédure du point de vue de l'office EC:

- Exiger une demande écrite
- Base légale?
- Démontrer la nécessité (caractère indispensable)
- Examiner la subsidiarité
- Rendre une décision



III. La divulgation sur demande

e) A des autorités étrangères sur demande d'une représentation (art. 61 OEC)

Remise de la demande par la représentation étrangère:

- Demande à remettre à l'OFEK
- Base légale?
- La subsidiarité doit être donnée
- Garantir la protection des données
- Réciprocité
- Pas d'émoluments

A des autorités étrangères sur demande d'une représentation (art. 61 OEC)

Accords bilatéraux, notamment:

- Accord du 26 avril 1962 entre la Confédération suisse et la République d'Autriche (RS 0.211.112.416.3)
- Accord du 4 novembre 1985 entre la Confédération suisse et la République fédérale d'Allemagne (RS 0.211.112.413.6)
- Accord du 16 novembre 1966 entre la Confédération suisse et la République italienne (RS 0.211.112.445.4)
- Déclaration du 3 décembre 1937 entre la Suisse et la France concernant la délivrance d'actes de l'état civil (RS 0.211.112.434.9)

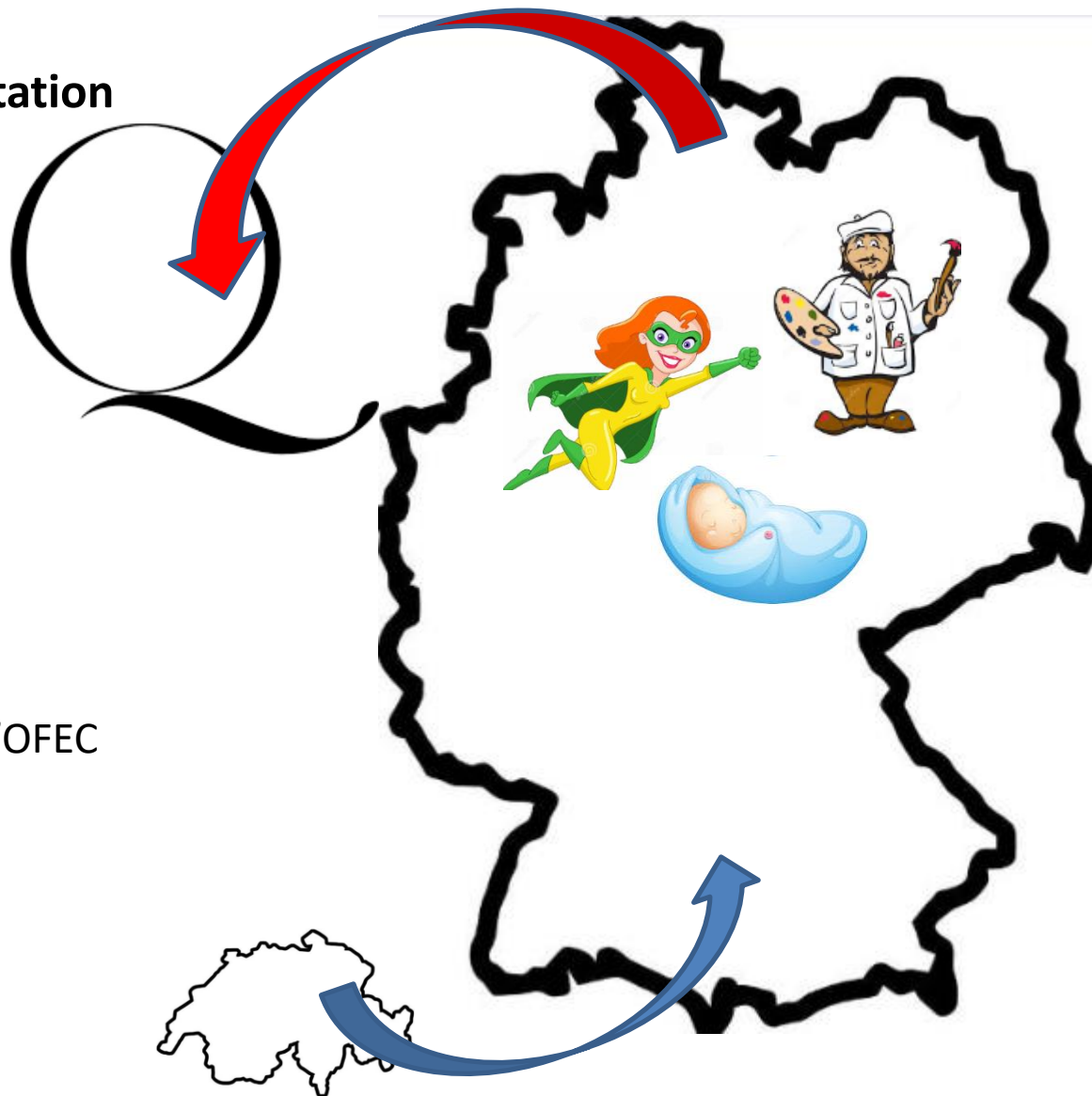
Accords multilatéraux, notamment:

- Convention du 8 septembre 1976 relative à la délivrance d'extraits plurilingues d'actes de l'état civil (RS 0.211.112.112)
- Convention du 26 septembre 1957 relative à la délivrance gratuite et à la dispense de légalisation des expéditions d'actes de l'état civil (RS 0.211.112.12)
- Convention du 5 octobre 1961 supprimant l'exigence de la légalisation des actes publics étrangers (RS 0.172.030.4)

Demande de représentation

Examen:

- Base légale?
- Demande présentée à l'OFEC
- Protection des données
- Subsidiarité
- Pas d'émoluments



f) A des chercheurs (art. 60 OEC)

«[...]»

Chercheurs:

Histoire, démographie, sociologie, médecine, psychologie,
généalogie, ...

Principes:

1. Subsidiarité (obtention directe impossible ou manifestement pas exigible);
2. Autorisation de l'autorité de surveillance;
3. Garantir la protection des données;
4. Les résultats se rapportant à des personnes ne peuvent être publiés qu'avec le consentement écrit des personnes concernées.

A des généalogistes en particulier (art. 60 OEC)

Recherche sur sa propre famille (particuliers):

1. Sérieux de la démarche et méthodologie
2. Limité dans le temps
3. Recherche sur sa propre famille / définir les registres

Recherche sur mandat de tiers ou pour la science («professionnels»):

1. Compétence/qualification spécialisée
2. Élément temporel
3. Autorisation durable (nombre de projets non défini; tous les registres)
4. Obligation de garder le secret, aussi vis-à-vis du mandant
5. Autorisation des personnes vivantes requise, sinon «lignée florissante»
6. Pas de données sur la création du lien de filiation

A des généalogistes en particulier (art. 60 OEC)

Eléments de l'autorisation:

1. Autorisation individuelle ou autorisation durable
2. Etendue matérielle
3. Conditions et charges

Marge d'évaluation de l'autorité appelée à se prononcer:

1. Intérêts publics (établis par l'obligation d'obtenir une autorisation)
2. Principes généraux de la loi sur la protection des données (aide à l'interprétation)
3. Besoin de protection de la personnalité et des droits fondamentaux de toutes les personnes concernées par la divulgation
4. But du registre de l'état civil

A des généalogistes en particulier (art. 60 OEC)

Forme de la divulgation:

⁴ Les personnes intéressées peuvent consulter leurs propres données dans les registres tenus sur papier, ainsi que les pièces justificatives, si la divulgation ne peut manifestement pas être exigée sous une autre forme.

Périodes selon l'art. 92a OEC:

- a) Registre des naissances depuis le 1^{er} janvier 1900;
- b) Registre des mariages depuis le 1^{er} janvier 1930;
- c) Registre des décès depuis le 1^{er} janvier 1960;
- d) Registre des familles et registre des reconnaissances depuis leur introduction.

Registre B:

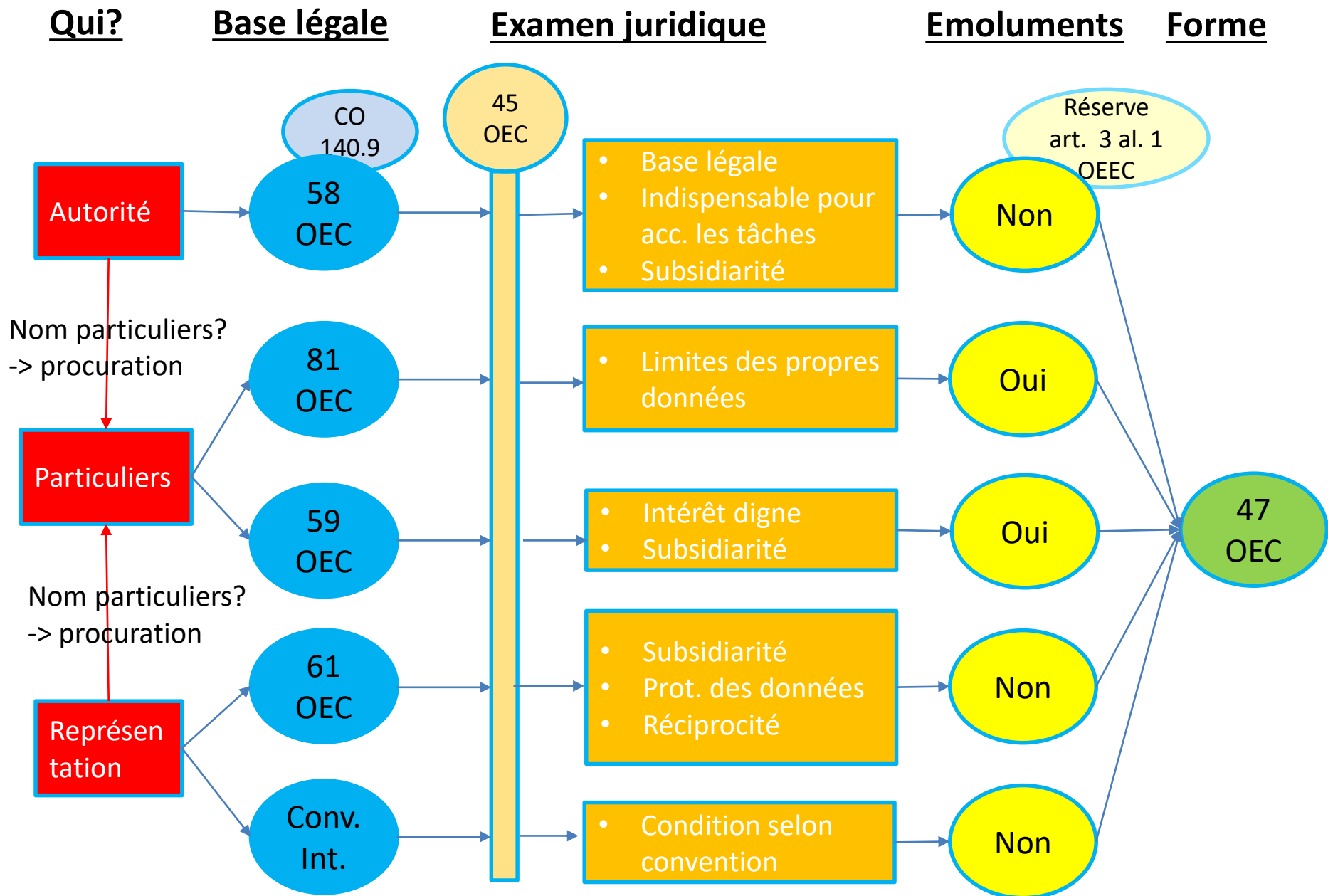
- Propres données / intérêt digne de protection
- Subsidiaire aux registres A
- Consultation conformément à l'art. 92b, al. 4 OEC

IV. Conclusions / Perspective

La divulgation de données sur demande ne peut être réglée au moyen de modèles. Il convient de relever les faits déterminants du point de vue légal, de les inclure dans l'état de fait applicable et d'en tirer les conclusions qui s'imposent sur le plan juridique.

La question à se poser est:

- Qui souhaite savoir sur quelle base légale et pour quelle raison quoi sur qui?





Diskussion Fragen

